Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 1

Rubrik: Zeichen der Zeit : Versuch über Grundwerte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tisch. Die freie Wahl des Verkehrsmittels und internationale Verträge wurden höher bewertet als das *Recht der Bevölkerung auf einen intakten Lebensraum.*

Verkehrsminister Adolf Ogi verkauft die *Neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat)* sozusagen als Wundermittel, das die Transit-Lastwagen von selbst auf die Bahn bringt – irgendwann im nächsten Jahrtausend. Doch durch den Glauben an diese Umlagerung wird kein einziger Lastwagen den Schienenweg benutzen. Dazu braucht es handfeste politische Massnahmen, sonst fährt die Neat ins finanzielle Desaster, und die Transitregionen im Alpengebiet nähern sich auf direktem Weg dem ökologischen Kollaps.

Die Entwicklung läuft klar in diese Richtung: Die von Adolf Ogi proklamierte Verlagerung findet zwar heute statt, doch nicht von der Strasse auf die Schiene, sondern umgekehrt. Der Grund ist einfach: Der *Strassentransport* ist *viel zu billig*. Und daran wird sich in den nächsten Jahren trotz Beteuerungen der «Kostenwahrheit» kaum etwas ändern.

In den letzten drei Jahren nahm der Gütertransit durch die Schweiz auf der Schiene um 25 Prozent ab. Im gleichen Zeitraum boomte der alpenquerende Gütertransit auf der Strasse mit einer Zunahme von 40 Prozent. Diese Entwicklung liegt im langfristigen Trend und läuft genau auf die Prognose des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft hinaus: Es rechnet im *Jahr 2000* allein am Gotthard mit knapp *5000 schweren Brummern* pro Tag – trotz Huckepack-Korridor, trotz Transitvertrag, trotz Neat-Beschluss.

Die *Alpen-Initiative* ist zur Zeit das einzige konkrete Mittel, um die allseits verbal proklamierte Umlagerung der Transitgüter in die Tat umzusetzen. Mit der obligatorischen Verlagerung auf die Schiene – bei einer Übergangsfrist von 10 Jahren – können die Belastungen entlang der Haupttransitroute Basel – Chiasso wirksam reduziert werden. Und mit dem Verzicht auf den Ausbau der Transitstrassen im Alpengebiet würde der Teufelskreis «Neue Strassen = mehr Verkehr = neue Strassen» durchbrochen.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Versuch über Grundwerte

Alle politischen Parteien sprechen von «Grundwerten». Aber keine weiss so recht, was darunter zu verstehen sei. Hinter der Fassade des scheinbar Verbindlichen, Tiefsinnigen bleiben die proklamierten Wertvorstellungen seltsam unverbindlich, substanzlos. Fassadenwerte aber sind keine Grundwerte, sondern Konzessionen an den ideologischen Supermarkt, Leerformeln, hinter denen politische Beliebigkeit sich breitmacht. Zum Jahresbeginn 1994 möchte ich darum für eine «Wertedebatte» plädieren, der sich vor allem die Sozialdemokratie stellen sollte, um nicht weitere technokratische Irrläufer «für die nächsten zwölf Jahre» zu produzieren. Auch wenn linke Politik nicht mehr die grosse Revolution vor Augen hat, sondern Schritt für Schritt, auch mit Versuch und Irrtum (trial and error), vorwärtsgehen muss, so bedarf sie doch dieser Orientierungsmarken, um zu wissen, *wohin* sie sich überhaupt bewegen soll. Was aber sind Grundwerte jenseits von Fassade oder Zuckerguss für

eine schale Alltagspolitik? Und worin unterscheiden sich allenfalls die Grundwerte der Linken von den Grundwerten der Rechten?

Verbindlichkeit über den weltanschaulichen und parteipolitischen Positionen

Grundwerte bilden von ihrem Anspruch her das einigende Band einer Gesellschaft, die im grossen und ganzen nicht auf Zwang, sondern auf Zustimmung beruht. Sie bilden jenes Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens, auf das Menschen sich nach *menschlichen Kriterien,* und das heisst: jenseits von religiös-weltanschaulichen oder parteipolitischen Positionen, einigen.

Auf den religiös-weltanschaulichen Diskurs verweist die Frage nach der Herleitung der Grundwerte. Verbindlich ist diese *letzte Verankerung* allein für jene, die eine religiöse oder weltanschauliche Überzeugung gemeinsam haben. Religion und Weltanschauung entziehen sich der Politik, da Massstab des Politischen nur sein kann, was Menschen in ihrem Menschsein untereinander belangvoll angeht und verbindet. Mögen Religionen und Weltanschaungen für ihre Anhängerinnen und Anhänger von einem höheren Wert sein als selbst die politischen Grundwerte, so kann dieser Wert dennoch keine politische Verbindlichkeit beanspruchen. Er verpflichtet niemanden zur Zustimmung; wohl aber steht er unter der Obhut der Toleranz, die nun freilich alle verpflichtet. Es gibt von daher weder eine christliche noch eine atheistische Politik, es sei denn um den Preis der Unfreiheit für alle Andersgläubigen oder Andersdenkenden. Gerade darin liegt das Problem jedes Fundamentalismus (auch desjenigen «christlicher» oder «atheistischer» Parteien), dass er diese Grenze zwischen einer (letzten) Grundüberzeugung und (vorletzten) Grundwerten nicht wahrhaben will.

Nicht weniger wichtig ist ein zweites: Grundwerte, die Menschen nach einem Kriterium des Menschengerechten verbinden, sind zunächst einmal weder «links» noch «rechts» anzusiedeln. Vielmehr sollten sie Linke und Rechte zu einem *Grundkonsens* vereinigen, innerhalb dessen «links» wie «rechts» sich erst programmatisch ausdifferenziert. Es muss daher keineswegs befremden, wenn genau 200 Jahre nach 1789 ein linkes Grundsatzprogramm wie dasjenige der SPD «Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität» einklagt und sich dabei ausdrücklich auf die Trikolewerte der Französischen Revolution «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» beruft. Der linke Rekurs auf Grundwerte, die auch für ein liberales Bürgertum wegleitend sind oder sein müssten, ist aber von besonderer Bedeutung in einer Zeit, in der ein konservatives Bürgertum beginnt, diesen Konsens durch konkurrierende Wertvorstellungen zu unterlaufen, wie Nation («neutrale und unabhängige Schweiz»), Autorität (starker Staat im Bereich von Polizei und Repression) oder Markt (Vergötzung seiner angeblichen Unfehlbarkeit).

Allerdings haftet der Einteilung der Grundwerte nach «Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität» (wie auch nach den Trikolorewerten) etwas Willkürliches an, indem hier Ordnungsprinzipien und Aktionsprinzipien vermengt werden. So ist insbesondere *«Solidarität» («Brüderlichkeit»)* kein eigentlicher Grundwert, sondern eine – freilich zentrale – Forderung, bestimmte Grundwerte zu verwirklichen. Solidarität praktizieren heisst mit den Benachteiligten und Abhängigen um jene Grundwerte kämpfen, die ihnen, den Benachteiligten und Abhängigen, vorenthalten werden, setzt also diese Grundwerte voraus, ohne selber zu ihnen zu gehören. Ich möchte daher eine andere Skala von Grundwerten bevorzugen, die einerseits Ordnungsprinzipien sind und anderseits den gesellschaftlichen Grundkonsens nicht weniger für sich beanspruchen dürfen:

Die Einteilung nach «Menschenwürde», «Freiheit», «Partizipation», «Schöpfung», «Friede» ergäbe wohl einen stimmigeren Wertezusammenhang, der sich im Sinne der traditionellen Sozialethik als «Gemeinwohl» bezeichnen liesse.

Die sozialistische Konkretisierung

Diese Grundwerte haben zwar nichts spezifisch «Sozialistisches» an sich, aber der Sozialismus kann sie nicht entbehren, wenn er für sich eine sozialethische Begründung sucht. Für den demokratischen Sozialismus spezifisch werden diese Grundwerte erst durch ihre Konkretisierung im Kontext einer bestimmten Analyse und Parteinahme angesichts der gesellschaftlichen Realität. Worum es geht, lässt sich hier nur andeuten.

1. Was Menschen politisch als das höchste Gut ansehen oder ansehen sollten, ist die *Menschenwürde*. Sie ist im linken, vor allem marxistischen Diskurs lange zu kurz gekommen. Wer sozialistische Positionen von der Menschenwürde her begründen wollte, wie etwa Emmanuel Mounier, der französische Philosoph des «personnalisme», machte sich verdächtig, letztlich doch nur einen bürgerlichen Individualismus zu vertreten, statt sich den vorrangigen Forderungen des Klassenkampfes unterzuordnen (eine Auffassung, die diesen gerade seinem Ziel entfremden musste). Auch der Religiöse Sozialismus, der von Leonhard Ragaz bis Martin Buber von der Würde der menschlichen Person ausging, blieb vielen Linken als «Idealismus» suspekt. Vertan wurde damit die Chance einer sozialethischen Begründung des Sozialismus, die den Menschen in den Mittelpunkt gestellt und nicht durch schiere Machtinteressen instrumentalisiert hätte. Ob der Wille zur Macht durch «Klassenkampf» oder «Pragmatismus» kaschiert wurde, machte dabei keinen prinzipiellen Unterschied.

Natürlich genügt es politisch nicht, von der menschlichen Person als Mittelpunkt und Ziel aller Politik auszugehen, hinzu kommen muss die Analyse der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die genau diesem Grundwert entgegensteht. Soviel ist klar: Die Achtung vor der Menschenwürde verträgt sich nicht mit einem *Neoliberalismus,* der immer unverschämter Markt und Profit in den Mittelpunkt stellt, daher auch kirchlicherseits als «ökonomischer Materialismus», ja als «Götzendienst» verurteilt wird.

Eine der wichtigsten Konsequenzen aus dem Vorrang der Person vor der Wirtschaft wäre der *Vorrang der Arbeit* vor dem Kapital. Ist der Mensch ein Wert an sich selbst, so kann die Wirtschaft nur ein Instrument in seinem Dienste sein. Gehört Arbeit zur Selbstverwirklichung des Menschen, dann steht Arbeit als personaler Faktor höher als Kapital, das bloss ein instrumentaler Faktor des Wirtschaftslebens sein darf. Massenarbeitlosigkeit, während die Börse boomt, Entlassungen, die zum einzigen Zweck vorgenommen werden, den Profit zu steigern, Alleinbestimmung des Kapitals und Fremdbestimmung der Arbeit – dies alles verträgt sich nicht mit einer personalistischen Begründung des Politischen.

Was eine personalistische Sozialethik als Vorrang der Arbeit vor dem Kapital fordert, bleibt solange unabgegolten, als in der Wirtschaft die bestimmende Rolle dem Kapital und nicht der Arbeit zukommt. Gemessen am Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, wäre Mitbestimmung, selbst paritätische, nur eine sehr bescheidene Forderung. Die personalistische Sozialethik zielt weiter in Richtung *Wirtschaftsdemokratie,* Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Arbeit, konkretisiert sich daher zur sozialistischen Ethik. Auch zur feministischen, wenn anders Frau und Mann sich gleichberechtigt in Produktions- und Reproduktionsarbeit teilen sollen.

2. Für die bürgerliche Ideologie folgt aus der Menschenwürde eine bestimmte Form der *Freiheit,* die um die materiellen Rechte von Eigentum und Wirtschaftsfreiheit zentriert bleibt. Ein wertethisch begründeter Sozialismus sollte dagegen die *ideellen Grundrechte* betonen und ihren Vorrang gegenüber den materiellen Freiheiten behaupten. Noch sind zum Beispiel Pressefreiheit und Meinungsäusserungsfreiheit den materiellen Freiheiten der Besitzenden von Produktionsmitteln untergeordnet. Kritisiert eine Zeitung den mächtigsten Autoimporteur, so kann dieser sie mit einem Inserateboykott einer faktischen

Zensur unterstellen. Ebenso darf der Verleger dem Redaktor kündigen, der von der Pressefreiheit einen kritischen Gebrauch macht. Der Arbeitgeber kann die Arbeitenden entlassen, deren politische Meinung oder gewerkschaftliche Arbeit ihm nicht genehm sind. Es gibt keinen Kündigungsschutz gegen politische Willkür.

Aber auch die *Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit* wären in sozialistischer Perspektive nicht aufzuheben, sondern zu verallgemeinern, damit sie den Charakter von Privilegien verlieren und zu Menschenrechten werden. Eigentumsfreiheit sollte nicht einige wenige, sondern möglichst alle Menschen in die Lage versetzen, Vermögenswerte zu erwerben, nicht um andere Menschen auszubeuten, sondern um eine ökonomische Basis für Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit, auch für den kritischen Gebrauch der Grundfreiheiten zu erlangen. Desgleichen wäre die Wirtschaftsfreiheit aus dem heutigen Privileg der «Selbständigerwerbenden» in ein Freiheitsrecht für alle arbeitenden Menschen überzuführen. Sie an der Wirtschaftsfreiheit beteiligen aber hiesse, ihnen wenigstens eine wirtschaftliche Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmungen einzuräumen.

3. Statt von «Gleichheit» oder «Gerechtigkeit» sollten wir präziser von *«Partizipation»* (oder «gleichen Partizipationschancen») sprechen. Was Partizipation in einem Land wie der Schweiz bedeutet, wo 2 Prozent der Bevölkerung über soviel Vermögen verfügen wie die restlichen 98 Prozent zusammen, ein Zehntel unter die Armutsgrenze fällt, sieben von zehn Personen nicht in der eigenen Wohnung leben, neun von zehn für fremdes Kapital arbeiten usw., ist offenkundig. Partizipation erstreckt sich nebst der Teilnahme an ökonomischen (und natürlich auch politischen) Entscheidungen auf die Teilhabe an Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheitsvorsorge sowie an Gewinn und Eigentum. Das Partizipationsprinzip verlangte heute vor allem eine Diskussion über Miteigentum der Lohnabhängigen. Miteigentum wäre insbesondere dort einzuführen, wo Kapitalbildung durch Selbstfinanzierung erfolgt, da sonst den arbeitenden Menschen der gerechte Anteil am reinvestierten Gewinn vorenthalten wird (Investivlohn). Die Partizipation an Entscheidungen und Vermögenswerten dem «Markt», dem «Erbrecht» oder dem traditionellen Rollenschema «Mann/Frau» zu überlassen, verträgt sich nicht mit den Grundwerten, wie der Sozialismus sie angesichts einer Analyse der real existierenden Schweiz konkretisieren müsste.

Partizipation gilt natürlich für alle Menschen, sowohl für diejenigen, die in der Dritten Welt leben, als auch für die kommenden Generationen. Teilhabe und Teilnahme gibt es in der heutigen Weltsituation nur, wenn die Privilegierten bereit oder im (schon längst eingetretenen) Notfall gezwungen sind, mit den Benachteiligten zu teilen. Was das in einer Welt heisst, in der täglich 45 000 Kinder unter 5 Jahren sterben, eine Milliarde Menschen hungern und weder lesen noch schreiben können, ist die Frage, von der die Verwirklichung dieses universalen Grundwerts abhängt.

4. Partizipation hat sodann mit den natürlichen Ressourcen der Erde, mit *Schöpfung* zu tun. Schöpfung als Grundwert verlangt einen ganz neuen Arbeitsbegriff. Arbeit muss wirklich wieder «Stoffwechsel mit der Natur» (Marx) oder «Vollendung des Schöpfungswerkes» (II. Vatikanum) bedeuten. Sinnvoll und zu verantworten ist nur noch Arbeit, welche die Schöpfung erhält und erneuert, statt sie durch Grosstechnologien (AKWs, Rüstungsproduktion, Gentechnologie, Agrochemie, Autobahnen usw.) zu zerstören. Arbeit als Destruktivkraft zerstört auch die Würde der Arbeitenden. Der Grundwert der Schöpfung verlangt sinnvolle Arbeit, die erst noch gerecht zwischen Arbeit-Habenden und Arbeitslosen, aber auch zwischen den Geschlechtern verteilt werden sollte.

5. *Friede,* der letzte Grundwert, setzt die Verwirklichung aller andern Grundwerte voraus. Friede, der mehr sein soll als die Abwesenheit von Gewalt, positiver Friede also, ist eine dauernde Aufgabe, ein Prozess – wie der Sozialismus selbst.